

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die Anzeigenzeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-wöchigen Anzeigen 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postkontos Danzig 2942. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 15

Mittwoch, den 19. Januar 1921

12. Jahrgang

Die Zusammenkunft der interalliierten Minister.

Die Aufgaben der Pariser Konferenz.

Paris, 18. Jan. Nach einer Londoner Havasmeldung erfährt Reuter aus zuverlässiger Quelle, es könnte sein, daß man sich auf der Pariser Konferenz auch mit der Gefahr beschäftigen werde, die durch den Zusammenbruch Oesterreichs entstehen könnte. Am kommenden Sonntag würden Lloyd George und Lord Curzon mit andern antilichen britischen Vertretern nach Paris reisen. Churchill und andere englische Vertreter würden sich gleichzeitig in Paris aufhalten, um nötigenfalls von der Konferenz zu Rate gezogen zu werden. Dennoch werde der Kreis der Teilnehmer nicht so groß sein, wie bei früheren Zusammenkünften der alliierten Minister.

Paris, 18. Jan. Laut „Echo de Paris“ erklärte Briand in einer Unterredung, er werde bei den bevorstehenden Verhandlungen kein Recht und kein Interesse Frankreichs gefährden lassen. Die Zeitungen befassen sich bereits eingehend mit der Zusammenkunft der Alliierten. „Echo de Paris“ meint, Deutschland werde vielleicht auch eine neue Frist für die Entwaffnung, nötigenfalls mit den erforderlichen Bürgschaften, erhalten. Das Blatt weist mit Bezug auf die Reparationsfrage auf einen Abschnitt in der englischen Note hin, wonach England jetzt einer Vertagung der Festsetzung der gesamten deutschen Verpflichtungen zuzwinge. Dessenfalls, sagt das Blatt, will England das Ergebnis der Abstimmung in Ober-schlesien abwarten.

Paris, 17. Jan. Nach dem „Intransigeant“ werden an den bevorstehenden Besprechungen des Obersten Rates für Frankreich Briand, Loucheur, Doumer und Berthelot teilnehmen.

Vorstellung des Kabinetts Briand in der französischen Kammer.

Paris, 17. Jan. Wie der „Temps“ meldet, wird das neue Kabinett sich höchstwahrscheinlich erst am Mittwoch der Kammer vorstellen, damit es die nötige Zeit zur Vorbereitung der ministeriellen Erklärung hat.

Paris, 17. Jan. Nach der „Liberté“ ist die ministerielle Erklärung bereits in ihren Hauptzügen fertiggestellt. Der Grundgedanke ist nach diesem Blatt die nationale Einigung aufrechtzuerhalten zur Erledigung der wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben. In der auswärtigen Politik spricht die Erklärung von den Beziehungen zu Deutschland und zur Lage in Russland. Das Blatt meint, daß in jedem Falle dem Ministerium eine große Mehrheit sicher sei.

Paris, 18. Jan. Wie der „Matin“ meldet, wird die für heute nachmittag einberufene Kammer sich nach einer rein formellen Sitzung auf Donnerstag vertagen. Die endgültige Formulierung der Regierungserklärung findet heute im Ministerrat statt, dem Präsident Millerand vorsitzen wird. Wie daselbe Blatt weiter meldet, liegen in der Kammer bereits acht Interpellationen vor.

Abrüstung und Wiedergutmachung.

Berlin, 18. Jan. Die deutsche Regierung hat am 1. Februar 1920 der interalliierten Kontrollkommission ein Verzeichnis der unter Artikel 196 des Versailler Vertrages fallenden Werte, Anlagen und festen Geopläne und ihrer Armierung vorgelegt. Die Kontrollkommission hat jedoch entgegen dem Verträge ihre Zustimmung zur Beibehaltung eines großen Teiles gerade der wertvollsten und modernsten Anlagen verweigert. Die Vorkonferenz, von der deutschen Regierung zur Entscheidung über diese Vertragsverletzung angerufen, ist der Kontrollkommission beigetreten und hat dies der deutschen Regierung durch Note vom 31. Dezember mitgeteilt. Die Kontrollkommission hat daraufhin die Auslieferung der nach ihrer Auffassung überflüssigen Geopläne nebst Zubehör und Munition bis zum 17. Januar gefordert. Die deutsche Regierung hat jetzt an die Ministerpräsidenten der alliierten Regierungen die Bitte gerichtet, die Angelegenheit bei der bevorstehenden Tagung des Obersten Rates einer Nachprüfung zu unterziehen. Zugleich ist die Kontrollkommission gebeten worden, die Forderung auf Auslieferung des Materials bis zur Entscheidung des Obersten Rates zurückzustellen.

Berlin, 19. Jan. Wie die „Voss. Stg.“ hört, ist neben Staatssekretär Bergmann auch der Direktor der Rupp-Allgemeinwirtschaftlichen Gesellschaft Wichfeld als Unterhändler der deutschen Regierung in der Reparationsfrage nach Paris geschickten.

Brüssel, 18. Jan. Wie „Derniere Heure“ meldet, haben die deutschen Delegierten wegen des Markumtauschs eine neue Besprechung mit dem Finanzminister und dem Minister

des Auswärtigen. Die Besprechung wurde bis morgen vertagt, um beiden Seiten eine Berichterstattung an ihre Regierungen zu ermöglichen.

Die deutschen Eisenbahner nehmen die Regierungsvorschläge an.

Berlin, 18. Jan. Der Deutsche Eisenbahnerverband, der größte der im Sechzehnerausschuß vertretenen Organisationen, hatte am 18. Januar seinen erweiterten Vorstand erneut nach Berlin berufen. Nach einem umfassenden Bericht der Vertreter im Sechzehnerausschuß über den Gang der Verhandlungen und über die großen Schwierigkeiten, die neue Verhandlungen zur Unmöglichkeit machen, wurde beschlossen, ohne Diskussion in geheimer Abstimmung zu dem Verhandlungsergebnis Stellung zu nehmen. Von den 74 abgegebenen Stimmen waren 51 für die Annahme der im Verhandlungswege erzielten Zugeständnisse, 20 für Stimul und 3 Jettel waren unbeschrieben. Damit ist die Entscheidung gegen den Streit gefallen.

Ebenso wie der Deutsche Eisenbahnerverband hat sich die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -amwärter für die Annahme der Vorschläge erklärt. Auch die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner hat beschlossen, das Abkommen mit der Regierung innewzuhalten. Der Allgemeine deutsche Eisenbahnerverband dürfte sich ebenfalls den Beschlüssen der anderen Organisationen anpassen.

In einem Aufruf der Eisenbahnerorganisationen an ihre Mitglieder wird die Annahme des erzielten Resultats empfohlen und vor einem Streit, der nach den erheblichen Zugeständnissen der Regierung nicht verstanden werden würde, gewarnt. Da nach der übereinstimmenden Meinung von allen an der Bewegung beteiligten Gewerkschaftsführern der Verhandlungsweg völlig erschöpft und ein besseres Resultat zur Stunde nicht zu erzielen sei, werde den Erwartungen gemäß der Standpunkt der Führer von den Organisationsmitgliedern gebilligt werden.

Interpellation über die Unsicherheit in Oberschlesien im deutschen Reichstag.

Sämtliche Parteien des Reichstags mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten haben eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung gefragt wird, was sie zu tun gedenkt, um die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit in Oberschlesien herbeizuführen, der durch die Ansammlung polnischer Truppen an der oberschlesischen Grenze geschaffenen Gefahr zu begegnen und die in dem Abstim-mungsreglement für Oberschlesien enthaltene Benachteiligung der deutschen Abstammungsberechtigten zu beseitigen. (Sind die Unabhängigen und Kommunisten vielleicht mit dem Räuberunwesen in Oberschlesien einverstanden? D. Red.)

Nach einer Meldung des „Oberschlesischen Wanderers“ haben sich zur Abstimmung in Oberschlesien bisher 216 000 außerhalb Oberschlesiens wohnende Abstammungsberechtigte gemeldet.

Gegen kommunistische Gewerkschaftszerstörer.

Wie die „Rote Fahne“ mitteilt, hat der Hauptvorstand des deutschen Bauarbeiterverbandes den Ausschluß des bisherigen Vorsitzenden der Ortsgruppe Chemnitz verfügt, der eine Reichsfraktion von Mitgliedern der kommunistischen Partei innerhalb des Verbandes gründen wollte. Gleichzeitig sind zwei weitere kommunistische Mitglieder des Verbandes ausgeschlossen worden. Der Verbandsvorstand erklärt, daß er alle Mitglieder, die durch kommunistische oder andere Sonderorganisationen den Verband zu ruinieren beabsichtigen, ausschließe und selbst vor einer Ausschließung und Neugründung der Ortsgruppe nicht zurückschrecke.

Noch keine Festsetzung des oberschlesischen Abstimmungstermins.

Oppeln, 18. Jan. Von interalliiertem Seite wird mitgeteilt, daß eine Verlängerung der Fristen, die im Abstimmungsreglement vorgesehen sind, nicht zu erwarten ist. Das vorliegende Abstimmungsreglement, so wird erklärt, ist unabänderlich. Ebenso ist unzutreffend, daß die Abstimmung am 13. März stattfinden soll. Der Vorkonferenzrat in Paris wird den Termin festsetzen. Dieser wird von Oppeln aus bekanntgegeben, ehe die französische Presse ihn erhält.

Frankreich, England und Deutschland

Betrachtungen zur deutschen Auslandspolitik.

Wenn es in den letzten Wochen so geschienen hätte, so vorläufige Beurteilung auch aus den ersten Verhandlungstagen der Brüsseler Wiedergutmachungskonferenz den Schluß gezogen hätten, als ob allmählich auch in Frankreich eine wachsende Bereitschaft zur Verständigung mit Deutschland zu erkennen wäre, so ist dieser fromme Glaube durch den Sturz des Kabinetts Beggues in Frankreich kühnlich zerstört worden. Das doch gewiß alles andere als deutschfreundliche Kabinett Beggues hat zurücktreten müssen, weil es Deutschland gegenüber nach der Ansicht der französischen Sozialisten und Nationalisten nicht genügend den starken Raum spielte, und unter der Ministerpräsidentenschaft von Briand ist eine neue Regierung gebildet worden, deren Teilnehmer, so weit sie überhaupt bereits außerhalb ihrer engeren Heimat bekannt geworden sind, schon immer die schärfste Front gegenüber Deutschland ange schlagen haben. Auch sind die meisten der französischen Gefühlspolitiker von der Kriegspolizei umhertreibend befallen, und die Träger der Politik im „demokratischen“ Frankreich erweisen sich dadurch, weniger schichtlich beurteilt, als die ärgsten Reaktionsäre. Freilich wird sich auch an ihnen über kurz oder lang die ewige Wahrheit des Schillerischen Spruches erweisen: „Eng miteinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen“, und die Vermutung liegt nahe, daß diese neue Verschärfung des französischen außenpolitischen Kurzes nur noch ein letztes Aufklappen der Blut des französischen Siegesrausches vor ihrem Erlöschen darstellt. In allen Ländern, die durch den Krieg schwer gelitten haben — das gilt für das „siegreiche“ Frankreich genau so gut wie für das geschlagene Deutschland, aber nicht für England —, macht sich heute eine Erkrankung der Volksseele bemerkbar, die sich beispielsweise auch in der Verbreitung der kommunistischen Irrlehren bei diesen Völkern äußert.

Was diesen Vorgängen eine besonders hohe Bedeutung für Deutschland verleiht, ist das unmittelbare Bevorstehen einer neuen Konferenz der interalliierten Ministerpräsidenten und die sich daran schließende Fortsetzung der Verhandlungen in Brüssel. Von diesen Verhandlungen wird die Möglichkeit des einstweilen noch ganz unsicheren wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaues Deutschlands entscheidend beeinflusst werden. Daß dieser Wiederaufbau auch im Interesse der Autoren des Versailler Friedensdiktats liegt, hat man in England längst eingesehen, unglücklicherweise aber noch nicht in Frankreich, für das die wirtschaftliche Besetzung Deutschlands gerade die aller schwerwiegendste Lebensfrage bildet. Die englische Presse hat denn auch mit ihren Bedenken gegen die Verschärfung des außenpolitischen Kurzes in Frankreich nicht zurückgehalten. Nicht nur Gardiner hat in der demokratischen „Daily News“ die Torheit der französischen Gefühlspolitiker geißelt, sondern auch der „Daily Chronicle“, der als Sprachrohr von Lloyd George besonders beachtet zu werden verdient, läßt Kritik an ihr. Auf der andern Seite kann sich die Pariser Boulevardpresse in Phrasen von „großen Taten, großen Gedanken und großer Vermittlung“ (wie im „Petit Journal“ zu lesen steht) und in Hinweisen auf Poincaré und Clemenceau gar nicht genug tun, und der „Figaro“ prophezeit sogar dem Kabinett Briand einen nur kurzen Bestand, weil es im Gegensatz zu dem leidenschaftlichen Revancheschwärmer Poincaré stehe. Ingres Erachtens freilich hat die „Humanité“ Recht, wenn sie schreibt: „Das neue Ministerium ist ein Ministerium der Reaktion, und es ist von der Art des Vertrages von Versailles.“ Es trägt in sich den Keim der Ohnmacht und des Versalles.“

Man mag diese Tatsachen gefühlsmäßig beurteilen, wie man will, man wird jedenfalls nicht verkennen können, daß die deutsche Außenpolitik sich in der nächsten Zeit vorwiegend auf England stützen müssen. Ein besonders hohes Entgegenkommen wird man zwar auch von England nicht erwarten dürfen, aber der Engländer hat sich zu allen Zeiten als der nüchternste, klügste Realpolitiker bewährt und wird deshalb zunächst auch den deutschen Lebensnotwendigkeiten, soweit sie sich mit seinen eigenen berühren, am ehesten Verständnis entgegenbringen. Freilich erfordert die Ausnutzung dieser Verständigungsmöglichkeit auch von der deutschen Diplomatie mehr Geschick und Ehrlichkeit, als ihr in früheren Zeiten eigen gewesen ist. Die Befangenheit im Bewußtsein des wühelminischen Zeitalters muß die ganzen Reime einer Annäherung erlösen wie ein Keil in der Frühlingsnacht. Unter diesen Gesichtspunkten wird beispielsweise, wie es vorgesehen ist, ein Hugo Stinnes kaum als geeigneter Vertreter der Interessen des ganzen deutschen Volkes in Brüssel angesehen werden können. Vollends zu verwerfen sind solche Rechenunfistide, wie sie sich der Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium an Delegierten der Entente

gegenüber erlaubt hat, als er ihnen (nach einem Brüsseler Verhandlungsbericht des Wolffbüreaus vom 20. Dezember) unter ihrem allgemeinen Befehl erklärte, die deutsche Steuerfahne sei heute bereits so fest angezogen, daß beispielsweise ein Millionär, der ein Einzelwohnhaus im Werte von 100 000 Mark besitze, nur noch über ein jährliches Einkommen von 1000 Papiermark (gleich 1000 Mark vor dem Kriege) verfüge. Solange noch der geringste Zweifel am guten Willen Deutschlands zur größtmöglichen Erfüllung der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages besteht, werden natürlich selbst die demontierbarsten gegenseitigen Besteuerungen der Reichsregierung nicht das Mißtrauen unserer bisherigen Gegner zerstreuen können.

Darüber herrscht wohl Einmütigkeit, daß England mit seiner Verständigungsbereitschaft nicht etwa Deutschland einen Liebesdienst erweisen, sondern ausschließlich seine eigenen Interessen verfolgen will. Nach den Erfahrungen der letzten Jahrhunderte und speziell des Weltkrieges wird man kaum eine dauernde englische Orientierung der deutschen Außenpolitik wünschen dürfen, sondern vielmehr nur als einen heute unerlässlichen Nachteil ansehen müssen. England kann sich heute ein gewisses Wohlwollen gegenüber seinem gebremstesten, politisch und wirtschaftlich mißliebigen Nachbarn erheben, aber eine dauernde Verneinung an England würde für Deutschland einen ewigen Verlust auf jede wirtschaftliche Stellung bedeuten. Nicht Armut, als das sich noch lange nicht von den fordabaren Erfolgen des Weltkrieges wird erholen können, sondern England, der größte Vetter des Krieges (und daneben Anwalt), hat den Hauptanteil der Beute aus dem Versailler Vertrage abgezogen. England beherrscht heute fast die Ozeane vom Nordatlantischen bis nach Neu-Pal, England hat über im Ost- und Westindien nicht die Vorteile aus der Vernichtung des deutschen Kolonialhandels und der deutschen Handelsflotte und aus dem Ruin der deutschen Kolonien und überseeischen Fabriken aus der Liquidierung deutscher Handelsniederlassungen im Ausland. England hat sogar die Vorherrschaft bei der Überbeanspruchung wirtschaftlicher Beziehungen mit Russland, und England besitzt heute (neben Amerika) die bedeutendsten Hochseeflotte und ist wirtschaftlich und finanziell Beherrscher der Welt.

Nicht Frankreich, sondern England ist tatsächlich das Mittelstück des Imperialismus. Dieser Tendenz entspricht auch sein Abwehrvermögen, der sich gerade neuerdings besonders herrlich erweist. Der Freiheitsdrang der Engländer wird mit den herkömmlichen militärischen Machtmitteln, die selbst vor der Wiederkehr eines panzer Schicksals nicht zurückweichen, unterdrückt. In der letzten Nummer „Morning Post“ war erst vor drei Wochen ein Heftchen darüber zu lesen, daß der Norman von Orkney in England noch nicht eifrig genug betriebe wurde. Und so lange England behaglich zusehen kann, wie die Kaiser des zaristischen Reiches, in erster Linie Deutschland und Frankreich, sich in immer neuen Konflikten erheben braucht es keine Gefahr für seine Weltbeherrschung zu befürchten.

Die Fortsetzung der seitenden Krise in Frankreich treibt heute Deutschland an die Seite eines Volkes, dessen Weltanschauung und dessen politische und wirtschaftliche Interessen den deutschen Interessen gegenübersteht. Für die deutsche Sozialdemokratie wird allerdings diese Notwendigkeit dadurch erleichtert, daß sie in England im Gegensatz zu Frankreich auf die Unterstützung einer starken, gesunden Arbeiterbewegung rechnen kann. Aber politisch und wirtschaftlich wie auch geistig und kulturell drängt die ökonomische Entwicklung auf eine engere Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Wie es sich unter verfeinerter französischer Parteilichkeit kaum zu erwarten hat, Einverständnisse müssen wir suchen und ohne verfrühter Annäherungsversuche des Absehens der nationalistischen Kreise in Frankreich abwarten. In erster Linie müssen hier auf sachlicher Notwendigkeit einen Handel bringen, wenn nicht Deutschland und Frankreich einander verbluten lassen. W. B.

Die Beilegung der deutschen Eisenbahnerkrise.

Zwischen der Reichsregierung und den Eisenbahngesellschaften der Deutsche und Arbeiter ist endlich eine Einigung zustande gekommen und die Eisenbahnen können nun wie von selbst wieder in Betrieb kommen. Die Eisenbahner haben sich dem Verlangen der Reichsregierung nach einer nicht als bloße Lohnforderung, sondern als eine Forderung nach Anerkennung der Eisenbahner als Arbeiter und nicht als Beamte, und die Reichsregierung hat sich dem Verlangen der Eisenbahner nach einer nicht als bloße Lohnforderung, sondern als eine Forderung nach Anerkennung der Eisenbahner als Arbeiter, und die Reichsregierung hat sich dem Verlangen der Eisenbahner nach einer nicht als bloße Lohnforderung, sondern als eine Forderung nach Anerkennung der Eisenbahner als Arbeiter.

Die Reichsregierung und andere Verantwortliche haben es nicht leicht, und das Recht ist für ihre eigenen Interessen zu entscheiden, aber man hat sich einig gemacht, und die Eisenbahnen sind nun wieder in Betrieb. Die Reichsregierung hat sich dem Verlangen der Eisenbahner nach einer nicht als bloße Lohnforderung, sondern als eine Forderung nach Anerkennung der Eisenbahner als Arbeiter, und die Reichsregierung hat sich dem Verlangen der Eisenbahner nach einer nicht als bloße Lohnforderung, sondern als eine Forderung nach Anerkennung der Eisenbahner als Arbeiter.

Die Reichsregierung hat sich dem Verlangen der Eisenbahner nach einer nicht als bloße Lohnforderung, sondern als eine Forderung nach Anerkennung der Eisenbahner als Arbeiter, und die Reichsregierung hat sich dem Verlangen der Eisenbahner nach einer nicht als bloße Lohnforderung, sondern als eine Forderung nach Anerkennung der Eisenbahner als Arbeiter.

im besetzten Gebiet zur Folge haben würde. Der von diesen Ausschüssen mit dem Einigungsversuch der Eisenbahngesellschaften beauftragt, wird kaum geneigt sein, sich von den kritischen Schlagworten unverantwortlicher Deputierter und Eisenbahner zu lassen.

Sugo Stinnes als deutscher Vertreter in Brüssel.

Berlin, 17. Jan. Die Einzelverhandlungen seit der Vertagung der Brüsseler Eisenbahnerkonferenz haben ergeben, daß der Frage der Durchführung der Eisenbahnen für die Lösung der Separationsprobleme besondere Bedeutung zukommt. An den weiteren Verhandlungen werden daher im Auftrag der Reichsregierung Herr Sugo Stinnes und drei weitere Vertreter der Eisenbahner, darunter Herr Müller als Vertreter der Bergarbeiter teilnehmen.

Nach seinem heraufstrebenden Auftreten in Spa, das beinahe die damaligen Verhandlungen zum Scheitern gebracht hätte, soll auch Stinnes am gemeinsamen nächsten, dem neuen französischen Eisenbahnerkongress teilnehmen. Soll das etwa auf die Vorbereitung eines Triumphes für den internationalen Kapitalismus deuten? Jedenfalls bedeutet die „Wiederkehr“ Stinnes' nach Brüssel für ihren Verhandlungsverlauf der kühnsten Methoden. (D. Red.)

Eine Rundgebung der Deutschen Friedensgesellschaft zur Entwaffnungsfrage.

Die Deutsche Friedensgesellschaft die sich schon im vorigen Herbst auf ihrer ersten Generalversammlung in Braunschweig besonders eingehend mit der Entwaffnungsfrage beschäftigt hat, erfüllt in diesen Tagen vornehmlich durch den jüngsten Versuch der deutschen Reichsregierung mit der Entente, einen über den Protest gegen die Aufrechterhaltung der bayerischen Grenzbesetzung, der bei dem zum Teil ihr engen internationalen Beziehungen zu den hervorragendsten Mitgliedern dieser Gesellschaft, wie auch anderen deutschen Politikern, die sich in anderen Ländern den Widerstand gegen die Ansprüche der bayerischen Reichsregierung äußern, das Verlangen nach allgemeiner Abrüstung äußern.

Die Deutsche Friedensgesellschaft hat folgenden Wortlaut: Die Deutsche Friedensgesellschaft hat es als einzigen Pflicht, daß sie so dringenden Verfall der Entwaffnungsfrage, die die Befreiung der Welt und die Entwaffnung Deutschlands die Entente zur Weltabrechnung bilden sollte. Die vorliegende Forderung nach einseitiger Entwaffnung Deutschlands mußte in anderen Ländern den Widerstand gegen die Ansprüche der bayerischen Reichsregierung äußern, das Verlangen nach allgemeiner Abrüstung äußern.

Es heißt und lebhaftest befragt daher die Deutsche Friedensgesellschaft, daß auch heute der Einfluß der deutschen Militärs so weit reicht, um die Regierung und die auswärtigen Ämter zur Unterzeichnung einer Note für die Aufrechterhaltung der bayerischen Grenzbesetzung zu bewegen. Die Forderung der einseitigen Entwaffnung Deutschlands muß notwendig gelinsten Teile des Volkes muß notgedrungen den Militarismus der äußeren Mächte wie andererseits den Militarismus unserer Gegner brauchen verhängnisvoll machen. So wenig das Ziel der Weltverständigung die einseitige Entwaffnung Deutschlands sein kann, sondern die Weltabrechnung als deren unausweichliche Konsequenz gelten muß, so wenig kann das Ziel inneren Friedens und fruchtbarer Aufbaus erreicht werden, wenn die in Bayern herrschende Politik die Waffen behalten darf, während auf der anderen Seite die Weltfriedensbewegung entwirrt ist.

Im Interesse des inneren und des äußeren Friedens fordert daher die Deutsche Friedensgesellschaft, daß unerschrocken mit aller politischen Kraft und Einseitigkeit der Entwaffnung gefordert wird. Die Deutsche Friedensgesellschaft muß ihr das Recht zur weiteren Befreiung deutscher Gebiete und damit zu politischen wie wirtschaftlichen Fortschritten Deutschlands. Der inneren Frieden aber kann nur aufrechterhalten werden, wenn allen Weltmächten gegenüber mit gleichem Maße gemeint wird. Nur eine Regierung, die wirklich über den Parteien steht und die der Weltverständigung wahrhaft dienen will, wird imstande sein, Deutschland in diesen hoffnungsreichen Stunden vor einer Katastrophe zu bewahren und den Bürgerkrieg im Innern zu vermeiden.

Protest gegen die oberschlesische Kohlenpreiserhöhung.

H. P. R. Kattowick, 14. Jan. Schlichte oberschlesische Arbeiter- und Angehörigen-Gewerkschaften haben an die interalliierte Kommission eine Entschuldigungsgerichte, durch die sie gegen die Kohlenpreiserhöhung protestieren, die die interalliierte Kommission trotz des von diesen Verbänden am 19. Dezember erlassenen Gutachten in Kraft gelassen hat. Sie verlangen Aufklärung über das Material, das der Kohlenpreiserhöhung zur Begründung der Preisverhöhung herangezogen hat, und wollen davon ihr weiteres Verhalten abhängig machen.

Mißstimmung gegen Polen in Pommernellen?

Nach einer Meldung aus Warschau bringt die dortige Zeitung „Pragad Wierzyzna“ alarmierende Meldungen über Vorbereitungen zu einer groß angelegten separatistischen Aktion aus dem gelassenen polnischen und pommerschen Gebiete, die sich gegen die Warschauer Zentralregierung richtet. (Wenn das Blatt nur nicht einer Misstimmung zum Opfer gefallen ist!) (D. Red.)

Litauens Verhandlungen mit Polen.

Die litauische Regierung hat dem Reichstag der Regierung der Republik Polen eine Entschuldigungsgerichte, durch die sie gegen die Kohlenpreiserhöhung protestieren, die die interalliierte Kommission trotz des von diesen Verbänden am 19. Dezember erlassenen Gutachten in Kraft gelassen hat. Sie verlangen Aufklärung über das Material, das der Kohlenpreiserhöhung zur Begründung der Preisverhöhung herangezogen hat, und wollen davon ihr weiteres Verhalten abhängig machen.

wie zu gewahren. Ferner verlangte Litauen die Rückgabe Zentrallitauens durch die Litauische Armee, die annektiert werden sollte. Polen hätte sich vielleicht zu weitgehenden Zugeständnissen entschlossen, wenn Litauen auf eine Kooperation eingegangen wäre. So aber lebte Polen die Rückgabe Zentrallitauens durch Selbstwehr ab, unter dem Vorwande, daß im Falle einer Wiederaufnahme der russisch-polnischen Feindschaften die Litauische Armee als Bedrohung der polnischen Nordwestgrenze dienen würde. Polen wird darauf hin, daß der Völkerverbund weder größere Truppenleistungen für Litauen beabsichtigt, noch die Verpflichtung übernehmen wolle, Zentrallitauen mit Litauen gegen die Sowjetarmee zu verteidigen.

Ein französischer Kaiser in der Wüste.

Paris, 10. Jan. Auch „Le Nouveau“ („Die neue Welt“) schreibt über die Ministerkrise und die auswärtige Politik und sagt: Alle vernünftigen und klarschauenden Leute in Deutschland, die aufrichtig entschlossen sind, sich uns zu nähern und uns zunächst zu bejahen, sehen mit Schrecken vor einem Monat, wie die Kriegsschreier bei uns einen erbarmungslosen Kampf gegen jede Veröhnungs- und Realpolitik führen. Sie träumen von einem frisch-fröhlichen Spaziergang und von der Befreiung des Ruhrgebietes. Die Frankreich eine Politik befolgen könnte, die England gegenüber unbeugsam und Deutschland gegenüber angriffslustig wäre. Sie wollen, daß, wenn Frankreich um jeden Preis mit Gewalt vorgehen wolle, ihm dann England nicht folgen werde, das mit Recht wegen der Umzüge der Forderungen in seinen Städten besorgt sei und bemerke, wie sich die Waren ausfüllen. Auch Italien wird ihm nicht folgen, das nur an Brot und Rohle denke, die ihm fehlen. Das Blatt sagt weiter: Die Alliierten freuen sich über die Nachricht, daß die Vereinigten Staaten ihren Vertreter in der Vorkonferenz abrufen, daß sie ihr Besatzungscontingent im Rheinland herabsetzen und daß das Washingtoner Staatsdepartement mehr oder minder offiziell jedes militärische Vorgehen Frankreichs gegen Deutschland mißbilligt. Zum Schluß erklärt „Le Nouveau“, daß die Ministerkrise für Frankreich nur dann heilsam gewesen sei, wenn ihre Lösung Frankreich die Unterstützung der Alliierten bewahre und ihm die Gunst Amerikas sichere.

Eine Stimme der Vernunft aus England.

London, 16. Jan. In seiner Wochenübersicht in den „Daily News“ schreibt Gardiner zur französischen Krise, England habe den Ansichten Fochs, Clemenceaus, Millerands und Vaugues' so oft zugestimmt, daß seine politischen Fähigkeiten beinahe aufgehört hätten zu funktionieren. Die schlimmsten Feinde der Entente seien diejenigen, die aus Loyalität gegen Frankreich vergähen, daß sie auch gewissermaßen zur Loyalität gegen wirkliche Tatsachen verpflichtet seien. Unglücklicherweise sei es klar, daß das Ministerium deshalb gefallen sei, weil das französische Volk nichts von den riesigen deutschen Schätzen erhalten habe, die man ihm versprochen, und weil es die Geduld verloren habe. Frankreich aber habe bisher zwei entgegengelegte Ziele verfolgt. Politisch wolle es Deutschland zu Boden drücken; wirtschaftlich wolle es die Zahlung einer Entschädigung, die nur von einem aufrechtenstehenden Deutschland geleistet werden könne. Eines dieser beiden Ziele müsse geopfert werden.

Gardiner befürchtet, daß eine Wiederbelebung der französischen Pläne bezüglich des Ruhrgebietes bevorstehe. Das Saargebiet sei bereits nicht mehr in den Händen Deutschlands. In Oberschlesien arbeite seit einem Jahr die französische Propaganda unter General De Rond auf das Ziel hin, den Besitz des obererschlesischen Kohlengebietes oder eines Teiles davon Polen zu verschaffen. Wenn auch das letzte Kohlengebiet Deutschlands an der Ruhr besetzt würde, dann würde Deutschland zu wirtschaftlicher Anarchie verurteilt sein. Vor allem aber spiele das Ruhrgebiet als Handelsobjekt in einem weitgehenden politischen Plan eine Rolle. Es sei der Schlüssel zur Auflösung Deutschlands. Die Bayern seien auf die Ruhrkohle angewiesen. Wenn Frankreich das Kohlengebiet besetzen würde, so würde das wirtschaftliche Hindernis seiner Politik beseitigt sein. Frankreich werde dann imstande sein, Bayern zu sagen: Der Weg zum Austritt aus dem Reiche ist frei. Du wirst unser Freund sein, und wir werden dafür sorgen, daß du Kohlen bekommst. Diesen Plan müsse man sich vor Augen halten, wenn man den Entwürfschreier gegen die Einwohnermehrheit begreifen wolle. Die Befreiung des Ruhrgebietes würde die Auflösung Europas besiegeln, dessen Bau nur standhalten könne, wenn das Mittelstück des Gewölbes nicht einstürze.

Wie Polen die oberschlesische Abstimmung sabotiert.

Berlin, 17. Jan. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Nach dem Friedensvertrag ist die polnische und die deutsche Regierung gehalten, allen Abstimmungsberechtigten die Ausübung ihres Wahlrechtes zu gewährleisten. Nach hier vorliegenden einwandfreien Nachrichten hat die polnische Regierung bereits jetzt den in den abgetretenen Gebieten wohnenden Oberschleslern, soweit sie im Verdacht stehen, weislich Stimmen zu wollen, Schwierigkeiten bereitet bei der Beschaffung der Registrationspapiere. Die polnische Regierung ist aufscheindend gewillt, die Ausreise aller Stimmberechtigten zu verhindern, deren Stimmen sie nicht ganz sicher ist. Dieses Vorgehen steht im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages. Ebenso wie die deutsche Regierung den Oberschleslern im Reiche ihr Abstimmungsrecht innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen gewährleistet, muß verlangt werden, daß auch den Oberschleslern in Polen dieses Recht gesichert bleibt. Die deutsche Regierung hat sich veranlaßt gesehen, deshalb bei der polnischen Regierung Vorstellungen zu erheben und die Vorkonferenz auf diesen Zustand hinzuwirken. Die deutsche Regierung hat auch in der Angelegenheit Veranlassung einen Protest an General De Rond gerichtet, der durch den General De Rond übergeben werden ist.

Erhöhung der Kurkosten im städt. Krankenhaus.

Stadtverordneten-Sitzung vom 18. Januar 1921.

Nach fünfstündiger Pause traten die Stadtverordneten gestern zu einer Sitzung zusammen. Das Haus war gut besucht. Stadtverordnetenvorsteher Keruth eröffnete die Versammlung und gab Kenntnis von einem Dankschreiben des Vereins für Krankenbewartung an für die ihm bewilligte Geldsumme.

Wahl des Präsidiums.

Es ist üblich, in der ersten Sitzung eines jeden Jahres das Präsidium neu zu wählen. Vorsteher Keruth übergab deshalb dem Alterspräsidenten Lange den Vorschlag, nachdem er zuvor einige Worte des Dankes für das ihm geschenkte Vertrauen gesagt hatte. Die Wahl des Vorstandes erfolgte durch Stimmentzettel und ergab nur geringfügige Veränderungen. Stadtverordnetenvorsteher Keruth wurde mit 42 Stimmen wiedergewählt, 9 Zettel waren weiß. Keruth wies darauf hin, daß er 20 mal ununterbrochen zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt worden sei, heute wohl zum letzten Male, denn die Stadtverordnetenversammlung werde bald aufgelöst. Es wurden weiter gewählt zum 1. Stellvertreter Brunzen I (Dnall.) 35 Stimmen, 15 Zettel weiß, 2. Stellvertreter Gabel (Dem.) 37 Stimmen, 18 Zettel weiß, Schriftführer Falkenberg (Dnall.) 34 Stimmen, 17 Zettel weiß, Protokollführer Steuerdirektor Busch 30 Stimmen, 12 Zettel weiß. Durch Zutritt wurden Evert (Z.) und Probelst (Pole) zu Ordnern ernannt.

Eine Reihe von Kommissionswahlen wurde nach den Vorschlägen des Wahlausschusses erledigt. Der Pensionierung des Stadtschreibers Preuss mit einem Ruhegehalt von 8468 Mark wurde zugestimmt.

Schlechte Erfahrungen mit den Erbsägen

hat die Schulverwaltung gemacht. Für die Beheizung der Schulen wurde ein weiterer Betrag von 1 Million Mark angefordert.

Stadtv. Winter (Dem.) gab sein Erlaunen Ausdruck, daß trotz der schon bewilligten hohen Mittel und des verhältnismäßig milden Winters, nochmals eine derartig hohe Summe verlangt wird.

Professor Steinbrecher antwortete, daß der Verbrauch an Torf und Holz zum Heizen der Schulzimmer unterschätzt worden sei. Besonders mit Torf habe man schlechte Erfahrungen gemacht. In Zukunft werde man wieder Kohlen verwenden, weil dieses wirtschaftlicher sei.

Stadtv. Gabel (Dnall.) war der Ansicht, daß bei Ankauf des Torfes nicht sachgemäß vorgegangen wurde. Bei der Schufe in der Weidengasse habe man den Torf im freien Gelagert, der dadurch vollkommen unbrauchbar geworden sei.

Stadtv. Rohde (Fr. W. V.) erklärte die Beschaffung von Erbsägen für notwendig, weil eine Kohlenlieferung nicht erfolgen konnte. Für die großen Torfmengen schickte es an Lageräumen. Die Konkurrenz zwischen amerikanischen und englischer Kohle bringt mit größter Wahrscheinlichkeit eine Besserung unserer Kohlenverhältnisse.

Stadtv. Braun (Z.) regte an, die Schulen in der Nähe der Gewerkschaft und der Danziger Werft durch Fernleitungen zu heizen. Die verlangte Summe wurde bewilligt.

Für die Vergütung der Fenster im Kellergeschoss der ev. a. u. g. Schule in Sigantenberg wurden 3000 Mark bereitgestellt. Nachbewilligt wurden 5587 Mark, die bei der Wiederherstellung der Tennisplätze in Prösen verbraucht worden sind. Mit der Aufwendung von 60 000 Mark zu Maßnahmen für eine allgemeine Ratterverteilung erklärte sich die Versammlung einverstanden. Auf dem Krankenhausgelände an der Delbrück-Allee soll ein Obstgarten errichtet werden; die Versammlung bewilligte dafür 15 000 Mark.

Kleinliche Energiequellen in Soppin und Götlin

beabsichtigt die Stadt zu errichten. Zu diesem Zweck sollen die Schottlerische Holzschleiferei in Soppin und die Papierfabrik in Soppin angekauft und umgebaut werden. Die veranschlagten Kosten belaufen sich auf 500 000 Mark.

Stadtv. Evert (Z.) fragte an, was aus den Arbeiterfamilien wird, die durch die Stilllegung der beiden Betriebe arbeitslos werden.

Stadtrat Runge erwiderte, daß die beiden Betriebe wochenlang stillliegen und deshalb als Arbeitsgelegenheit nicht mehr in Frage kommen. Es soll festgestellt werden, um wieviel Arbeiter es sich handelt.

Zu einer längeren Aussprache führte ein Antrag des Magistrats über die

Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten im städt. Krankenhaus.

Der Antrag sieht vor: 1. Klasse für Einheimische 60 Mark, Auswärtige 70 Mark; 2. Klasse 50 Mark, Auswärtige 60 Mark. In der 3. Klasse schwanken die Sätze zwischen 7 und 20 Mark. Krankenkassen sollen 15 Mark pro Tag zahlen. Für Ausländer wird ein Zuluzuschlag von 200 Prozent erhoben.

Stadtv. Runge (U. E. P.) betonte, daß diese Vorlage erst vor kurzer Zeit die Versammlung beschäftigt hat. Damals wurde die Erhöhung der Kosten für die dritte Klasse abgelehnt. Trotzdem bringe der Magistrat erneut diese Vorlage. Die Arbeiterklasse sei gar nicht in der Lage, die geforderten Sätze zu tragen. Die Krankenkassen müßten entweder ihre Beiträge erhöhen oder an Stelle der Krankenhausbehandlung Geldzahlungen leisten. Nach sozialistischen Gesichtspunkten sei die Stadt verpflichtet, die Arbeitsfähigkeit und -kraft kostenfrei wiederherzustellen. Der Magistrat tritt den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung nur dann bei, wenn es ihm paßt. Der Hinweis, daß in deutschen Städten noch höhere Sätze gezahlt werden, sei nicht beweiskräftig, da dort auch höhere Löhne gezahlt würden. Schon jetzt zahlen die Danz. Arbeiter jährlich 450 Mark für die Sozialversicherung. Sie sind gar nicht in der Lage, ihre Angehörigen bei den geforderten Sätzen ins Krankenhaus zu bringen.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion verlangte, die Sätze der dritten Klasse nicht zu erhöhen.

Bürgermeister Dr. Baill erklärte, daß bei Ablehnung der Vorlage das Defizit des Krankenhauses von 2 1/2 Millionen auf 6 Millionen Mark steige. Ein solcher Zuschuß übersteige die Leistungsfähigkeit der Stadt. Uns Verantwortungsgefühl und weil die damalige Vorlage nur mit geringer Mehrheit abgelehnt wurde, habe der Magistrat nochmals Ausschussberatung verlangt. Dort habe der Krankenkassenvertreter zu den vorgeschlagenen Sätzen geschwiegen, was als Zustimmung aufzufassen sei.

Stadtv. Dr. Igun (Z.) war mit den vorgeschlagenen Sätzen einverstanden. Wenn die Krankenkassen tatsächlich die Lasten nicht tragen können, müsse man ihnen Entgegenkommen zeigen. Die Selbstkosten betragen pro Tag und Bett 40 Mark, erfordern also einen Zuschuß von 25 Mark. Die Familienangehörigen geraten zwar in eine able Lage.

Stadtv. Scheller (Dnall.) hat die Vorlage unverändert anzunehmen. Das Krankenhaus sei überfüllt. Die Verpflegung sei besser wie zu Hause. Die Anstalt müsse sich selbst erhalten!

Stadtverordneter Dr. Herrmann (Demokrat) erklärte das Verhalten des Magistrats für korrekt. Die Erhöhung der Tagelöhner sei bedauerlich, aber nicht zu vermeiden. Auch die Arbeiterschaft sei in der Lage, die geforderten Summen zu bezahlen. Sie sind jetzt um das Dreifache des Friedenskreises gesteigert, während die Löhne jetzt das 10fache betragen. Berlin habe die Kosten für die 3. Klasse von 9 auf 18 Mark erhöht.

Stadtv. Gesecke (Katholik): Durch die Vorlage werden große Zustände geschaffen. Bei der Aufnahme von Angehörigen ins Krankenhaus ist sofort ein Vorbehalt zu zahlen. Es werden keine Rechnungen bis zu 1000 Mark geschickt. Die Arbeiterklasse ist nicht in der Lage, solche Summen auszubringen und kann nicht, wenn von einzelnen Krankenkassen ein kleiner Zuschuß gezahlt wird. Die Armenverwaltung geht bei Anrechnung der Kosten schuldlos vor. Die sozialdemokratische Fraktion werde gegen die Erhöhung der Sätze in der dritten Klasse stimmen.

Stadtv. Runge (U. E. P.): Der Magistrat entdeckt sein Verantwortungsgefühl nur dann, wenn es gilt, sich während der den Gehalt der Besoldenden zu heften. Man solle doch die Lehren des 29. Juli nicht so schnell vergessen. Runge wandte sich entschieden gegen die Forderung des Deutschnationalen Scheller, daß die Anstalt sich selbst erhalten müsse. Sozialer sozialer Gefühl könne man doch auch von einem Deutschnationalen verlangen. Die Arbeiterklasse habe gezeigt, wie die erforderlichen Beträge auszubringen sind. (Reichnotopfer, Abschaffung der Eherbeitsteuer.) Die Zustimmung des Krankenkassenvertreter sei expresso worden.

Bürgermeister Dr. Baill antwortete: Während meiner 20-jährigen Tätigkeit im Amte glaube ich immer noch Möglichkeit allen Schichten der Bevölkerung gerecht zu werden zu sein und nicht eine einzige Klasse bevorzugt zu haben. Es ist aber unmöglich, daß wir aufleben können, wie die Stadt durch eine solche Finanzwirtschaft zugrunde geht. Das Reichnotopfer, sowie die Regelung des Polizeiwesens gehören nicht mehr zur Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung.

Stadtdirektor Meyer-Gartenhaus wies die Behauptung, daß die Zustimmung des Kreiskomitees der Krankenkasse erreicht worden sei, zurück. Dieser habe sich bereit erklärt, 12-13 Mark zu zahlen. Die Frage, ob durch die Festlegung auf 15 Mark die Beiträge erhöht werden müssen, sei noch nicht klargestellt. Es ist ein Untersuchungsausschuß gewählt worden, der die Verhältnisse zwischen Krankenhaus und Krankenkasse dauernd prüfen soll.

Stadtv. Dr. Tiffels war von der Notwendigkeit der Erhöhung aller Sätze überzeugt. Als er dann den sozialen Geist der Deutschnationalen hervorhob, rief er auf heftigen Widerspruch bei den sozialistischen Parteien.

Auch ein Geben bei der Reichsgründung.

Stadtv. Kahn (U. E. P.) erklärte, daß die Vorwürfe seiner Fraktion gegen den Magistrat sich nicht gegen die Person des Bürgermeisters Dr. Baill richten. Langjährige Tätigkeit sei nicht immer ein Beweis von starkem Verantwortungsgefühl. Der Leiter der Amerikaner habe auch 30 Jahre auf dem Thron gesessen und doch in kurzer Zeit das deutsche Volk zugrunde gerichtet. (Großer Lärm auf der Rechten! Stadtv. Brunzen I und Falkenberg schrien mit voller Lungenkraft: Ihr habt das Vaterland verraten!) Da auch die Linke ebenso erregt antwortete, entstand ein minutenlanges großes Lärm, so daß die nächsten Sätze des Redners unverständlich blieben. Stadtverordnetenvorsteher Keruth hat, derartige Äußerungen über die Person, die einem großen Teil der Versammlung teuer sei, zu unterlassen. Kahn wies dann darauf hin, daß es Schuld des Mannes von Amerikanen sei, wenn wir das Gedenken der 50-jährigen Reichsgründung unter so traurigen Umständen begehen müssen. Aus den Veröffentlichungen der Heerführer wisse jedermann, daß das deutsche Heer am Tage des Waffenstillstandes am Ende seiner Kraft war. Als Kahn dann weiter die Worte gebrauchte: „Wenn ich so viel Verbrechen und Fluch auf mich geladen hätte —“, erlöste von der Rechten der Zwischenruf: „Kann man wissen!“ Runge wandte sich dann gegen die Heraushebung der Kosten für die 3. Klasse und gegen den Zuluzuschlag für Ausländer. Er forderte weiter Aufklärung über die finanzielle Lage des Freistaates.

Bürgermeister Dr. Baill hielt den Zuluzuschlag noch für zu niedrig.

Stadtv. Gen. Spill: Der Magistrat hat scheinbar das Bestreben, nicht hinter den Stühlen des Deutschen Reiches zurückzulassen. Nur bei den Löhnen für Angestellte und Beamte war davon nichts zu

Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Vinden.

(Fortsetzung.)

Bei den Worten der Gräfin war jeder Blutstropfen aus dem Gesicht des Barons gewichen. Er sagte mit heiserer Stimme:

„Ihnen habe ich also diese zwanzig Jahre voll Jammer und Elend zu verdanken! Sie haben es verschuldet, daß mein armer Sohn eine so trostlose, jammervolle Jugend hatte! Dank Ihnen habe ich an Gott und den Menschen gezweifelt. Ich habe meiner verstorbenen Frau stets mit dem bittersten Groll und der größten Verachtung gedacht. Ich hielt meinen unglücklichen Sohn für einen Vagabund und behandelte ihn demgemäß. Sie haben den traurigen Kuhn, mir und meinem Sohne zwanzig Jahre vom Leben gestohlen zu haben. Für Ihren Ehebruch mußten wir so bitter büßen. Ach, Melina! Geliebte Melina, vergib mir! Wie konnte ich so blind sein, dich für treulos zu halten!“

„Herr Baron“, begann die Gräfin zaghaft, aber dieser schmitt ihr die Wade herrlich mit den Worten ab:

„Sie sind mein Unglück! Nehmen Sie ihre dreimal verfluchten Briefe und verlassen Sie mein Haus.“

Er führte die Gräfin in das Zimmer, in dem der Schreiditsch seiner verstorbenen Gemahlin stand. Die Dame öffnete das gebräunte Fach und nahm die Briefe wie einen wertvollen Schatz an sich. Sie wollte noch einige Worte zu ihrer Entschuldigung sagen, aber als sie in das bis zur Unkenntlichkeit entstellte Gesicht des Barons blickte, erstarrte ihr das Wort auf den Lippen. Sie dachte bitter:

Könnte ich abnen, daß so viel Unheil daraus entstehen würde? Mein armer Herbert ist schon lange tot. Viele Briefe sind alles, was mir von meinem kurzen Glück geblieben ist.“

Der Baron überhäufte sich nun mit den bittersten Vorwürfen, weil er an der Treue seiner Gattin gezweifelt hatte. Er wollte nun an seinem Sohne gutmachen, was er verschuldet hatte. Dennoch erinnerte er sich jetzt der schändlichen Verführung, die Edgar als Kind gemacht hatte, um seine Liebe zu gewinnen und der Härte, mit der er ihn zurückgeschloßen hatte. Dessen Bitterkeit dachte er: „Maria hat viel mehr Liebe für den armen Jungen, wie ich. Sie wollte von ihm Abschied nehmen, mit war der Gedanke daran Wert. Er war so erregt, daß kein Herz fieberhaft arbeitete.“

Engelberta und die Baronin sahen voller Bewunderung, daß der Baron Edgars Zimmer betrat. Als er wieder in das Wohnzimmer kam, sagte er:

„Die Einrichtung von Edgars Zimmer ist geradezu ärmlich und muß erneuert werden.“

„Aber du läßt Edgar ja nur alle Jubeljahre nach Hause kommen.“ schmolle die Baroness. „Und für den einzigen Tag, den er hier ist, sind die Möbel noch lange gut.“

„Rein!“ rief der Baron energisch aus. „Er soll alles vom besten und schönsten haben. Es muß überhaupt anders werden. Er muß oft herkommen und muß sich hier heimlich fühlen.“

„Das freut mich“, versicherte die Baronin. „Ich habe nie begreifen können, weshalb du gegen den armen Jungen so eingenommen bist. Es ist wirklich nichts an ihm anzusehen.“

„Edgar ist ein ganz patentier Junge.“ lobte auch Engelberta. „Du solltest ihn mal reiten sehen. Vater! Er sitzt zu Pferde, wie ein junger Gott. Komische Märgot macht ihm immer süße Augen — es ist zum Schiefen!“

„Engelberta, deine höchst vulgare Ausdruckweise wirkt ein schlechtes Licht auf deinen Bildungsgrad“, tadelte die Baronin. „Wenn man mit dir in Gesellschaft geht, muß man stets in Todesangst sein, wenn du den Mund öffnest.“

„So arg ist es doch nicht“, verteidigte der Baron seinen Viebling. „Engelberta ist jung und lebhaft, da geht ihr die Zunge leicht durch, aber das wird sich mit den Jahren ändern. Ich fahre heute in die Stadt, Möbel für Edgars Zimmer zu kaufen. Möchtest dir mich begleiten? Ich habe erfahren, daß der Nazi gefallen ist, und ich habe nach seiner Mutter geschickt. Na, was gibt es, Madame?“

„Herr Baron, die Ursula ist da“, meldete das Stubenmädchen. „Führe sie in mein Arbeitszimmer“, befahl der Baron. „Gehe sie sich sehen. Sage ihr, ich komme gleich.“

„Aber ich bedauere Euch von Herzen“, sagte der Baron zu der verzweifelt Mutter. „Ihr seid eine brave Person und der Nazi war ein so tüchtiger, braver Mensch. Ich möchte Euch gern meine Teilnahme beweisen. Ihr habt Euch den Baugrund zu einem Häufel gekauft. Wenn sich die Leute dazuhalten, kann das Häufel fertig sein, ehe der Frost kommt. Die Ziegel, den Kalk und die Führer will ich Euch umsonst liefern, und ich will den Förster anweisen, daß er Euch das nötige Bauholz gibt. Könnt Ihr denn den Arbeitslohn, die Lehen und die Fenster bezahlen?“

„Vergelt's Gott viel tausendmal, Herr Baron“, sagte die unglückliche Mutter. „Ich habe schon noch ein Geld, und wenn das mi zulangt tut, dann hat mir die gute Frau Richter schon versprochen, daß sie mir helfen will.“

„Fangt nur bald mit dem Bau an“, rief der Baron. „Könnt Ihr den alten Keller verwenden?“

„Den hat der Nazi schon wiederhergestellt“, sagte Ursula weinend. „Wir wollen das Häufel halt wieder ganz so herrlichen, wie es war. Der Nazi —“. Sie brach ab, denn Erden erstickten ihre Stimme.

„Tröstet Euch nur, Weiberle“, sagte der Baron freundlich. „Er ist fürs Vaterland gefallen, für die Erde, die ihn ernährt hat. Mein Sohn ist ja auch dabei.“

„Alle Engel sollen mit dem jungen Herrn Baron sein“, rief Ursula aus. „Sie sollen ihn schützen und behüten.“

„Das ist ein guter Wunsch“, versetzte der Baron. „Habt vielen Dank dafür, Weiberle! Und wenn Ihr etwas braucht, es sei, was es sei, dann kommt allemal zu mir. Ihr sollt keine Fehltritte tun dürfen.“

„Ich fühl die Hand, Herr Baron“, sagte Ursula. Dann schlich sie mit schweren, schleppenden Schritten hinaus.

„Armes Weib!“ sagte der Baron leitnehmend. „Wenn eine Frau keinen männlichen Beistand zur Seite hat, ist es schlecht um sie bestellt. Ich muß ein Auge auf den Bau haben.“

Er trat sofort die nötigen Anordnungen für den Bau. Der Inspektor, der die Gespanne liefern mußte, war mit Nazi sehr zufrieden gewesen, er hatte auch die allezeit fleißige Ursula in guter Erinnerung und freute sich, ihr einen Dienst leisten zu können. Sozial Güte für ein armes Weib hatte er dem Baron gar nicht zugetraut. Alle Schloßbesitzer konnten sich die Veränderung, die mit dem Baron vorgegangen war, nicht erklären. Er hatte selbst die Möbel für Edgars Zimmer ausgewählt und das Einstellen angeordnet. Auf seinen Befehl wurde das Zimmer täglich mit frischen Blumen geschmückt.

Zu dem Erstaunen der Maurer kam der Baron täglich auf den Bauplatz, und seinen scharfen Augen entging auch nicht der kleinste Fehler.

„Ihr Leute“, sagte er eindringlich. „wenn Ihr dem armen Weibe die Arbeit nicht nach besten Kräften tut, verständigigt Ihr Euch schwer, und das wird Euch kein Glück bringen. Wer hat den Mürtel hier so lieberlich verschrieben?“

„Ich war es nicht, Herr Baron“, entschuldigte sich der etne Maurer. „Das ist halt der Seiffert gewesen.“

„Ihr sollt Euch schämen, Seiffert“, tadelte der Baron. „Das arme Weib hat das einzige Kind hergeben müssen, damit der Feind nicht ins Land kam, da mußten wir ihm noch dankbar sein.“

Teuerung und Lohnbewegungen.

In ihrer Nummer 14 vom 18. Januar jammern die „Danziger Nachrichten“ über die bevorstehende Lohnbewegung in den Staatsbetrieben. Der Tarif ist am 12. Dezember abgeschlossen und Ende Dezember schon wieder gefälligst worden. Es werden weitere bedeutende Lohnsteigerungen gefordert. Das ist einfach selbstredend. Arbeiter und Beamten erhalten heute nur soviel Lohn und Gehalt, als zum Erwerb der allerniedrigsten Lebensmittel und zur Bezahlung der Mieten ausreicht.

Naturnotwendig müssen Erhöhungen der Lebensmittelpreise Forderungen auf Lohnerhöhung nach sich ziehen. Einschränkungen können im Haushalt nicht mehr gemacht werden, nicht es aber auch weniger, weil die Inflation, die sich in Lohnforderungen Luft macht. Infolge der fallenden Wirtschaftslage macht sich auch in Danzig eine Lohnbewegung nach der anderen bemerkbar. Den 20. hundert folgen die Straßenbahnen, diesen die Staatsbetriebe, andere Berufe müssen folgen, wollen sie nicht ihre Angehörigen im Elend versinken lassen. In je kürzeren Zwischenräumen die Lebensmittelpreise steigen, je schneller folgen die Lohnbewegungen aufeinander.

Wollen wir zu stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen kommen, muß endlich die Wirtschaftspolitik des Reiches umgestellt werden. Der wenigsten Wochen hatten wir noch einen solchen Heberflut an Weizenmehl, daß man jeden Käufer von Roggenbrot zwingen wollte, auch Weizenbrot zu kaufen. Die Aufhebung des Ausfuhrverbotes sollte Luft schaffen und hat gründlich Luft geschafft, so gründlich, daß man Kindern und alten Leuten nicht einmal mehr Weizenmehl geben kann. Aber prangen alle Schaulustler voll des höchsten Eigensinns, der aus Auslandsrecht bestehen soll. Ja, glauben denn die Schulbörger des Reiches, daß eine Kontrolle möglich ist, wie lange ein Satz Auslandsmehl zum Ausfuhrbrot reicht?

Tatsache ist, daß unser Inlandsmehl alle ist, das Wirtschaftsamt sich gezwungen sieht, das teure Auslandsmehl in ganz kurzer Zeit zum Brotbacken heranzuziehen.

Was dann? Entweder verteuert man das Brot und überläßt es den Konsumenten, durch neue Lebensforderungen den Rückfall an Lebensmitteln weit zu machen, oder man nimmt die erhöhten Kosten auf den Staatshaushalt und zieht sie durch Steuern wieder ein.

Beides Wege, die das Wirtschaftsleben Danzigs nicht zur Ruhe kommen lassen, was für die wirtschaftliche Gestaltung Danzigs sowohl im Interesse der Arbeiter wie auch der Unternehmer dringend zu wünschen wäre. Die Lösung der Frage liegt beim Danziger Senat und dem Volkstage; wir beschränken nur, daß die widerstrebenden Interessen der hürgerlichen Mehrheit einen anderen Weg gehen werden.

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig hielt am Montag, den 17. Januar, im Saale der Gewerkschaft seine Plenarversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kreisrat Karl Legienski um die Gewerkschaftsbewegung und widmete dem Toten einen warmen Nachruf. Sein Andenken wurde von den Delegierten in üblicher Weise geehrt.

Sodann erläuterte Klosewski die im Druck vorliegende Abrechnung vom 4. Quartal 1920 und gab Auskunft auf diverse Anfragen. Auf Antrag der Revision wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Hierauf hielt Professor Aldoppel einen instruktiven Vortrag über das Wohnungsproblem. Er ging auf die Ursachen des Wohnungsproblems ein und verwies auf den mehr als 25-jährigen Kampf, den die Wohnungsreformer bereits vor dem Krieg gegen die bestehenden Bauordnungen und dem mit diesen verbundenen Bau von Mietskasernen geführt haben. Durch den

Krieg und die dadurch geschaffenen Verhältnisse ist der Wohnungsmangel in Danzig so groß geworden, daß er auf dem Wohnungsmarkt zu einer Katastrophe gekommen, wenn sich der Staat nicht dazu aufgerafft hätte, den Mietern durch die Zwangsrentenpolitik entgegen zu treten. Unter den heutigen Verhältnissen wäre das Privatkapital dem Wohnungsmangel und dem Elend auf diesem Gebiete nicht befähigt, sondern höchstens verneinend. Die Lösung dieses wichtigen Problems könne vielmehr nur auf gesellschaftlicher Grundlage im Sinne der Bevölkerung erfolgen. Einer für alle und alle für einen, dieser Grundsatz allein bietet auch hier einen Ausweg. Das Ziel müsse sein: Schaffung gesunder Wohnungen mit Land, wo die Bevölkerung sich auf der eigenen Scholle wohl fühlen könne. Der unabhängige Arbeiter ist für die Lösung der Frage der Wohnungswesen in diesem Sinne ein wichtiger Faktor, da er dem Arbeiter und Angestellten genügend freie Zeit lasse, sein Stückchen Land zu bearbeiten und seiner Ernährung ausbau zu machen. In seinen weiteren Ausführungen ging der Redner sodann auf sein Projekt ein, nach diesem sollen jährlich 1000 Wohnungen gebaut werden. Die Mittel hierzu sollen durch Anleihen aufgebracht und die Vergütung und Amortisation des Kapitals durch eine 20-prozentige Preissteigerung ermöglicht werden. Ein Wohnungsbauverband, dem sämtliche Mieter angehören, würde einen tiefen Kredit besitzen. Die Gründung eines solchen wäre als das Grundlegende zu betrachten.

Vertrauensleute des Ortsvereins Danzig.

Am Mittwoch, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Aula der Hiffschule, Heiligegeistgasse 111, eine große Vertrauensmännerversammlung statt. Referent: Genosse Krzyzinski. Erscheinen aller Vertrauensleute ist erforderlich.

Der Vortrag wurde mit großem Interesse und Beifall aufgenommen. Die lebhafteste Diskussion der Anwesenden bewies das Interesse derselben für diese Frage. Auf Antrag Klosewskis wurde beschlossen, die Propaganda des Professors Aldoppel, die das Wohnungswesen und seine Verrücktheit behandelt, allen Delegierten und Parteimitgliedern auf Kosten des Bundes zuzustellen. Ebenfalls wurde ein Antrag angenommen, der bezweckt, die Frage des Wohnungsproblems mehr in breiter Öffentlichkeit zu behandeln, als wie dies bisher geschehen ist. Dieses soll durch Vorträge in den Versammlungen der einzelnen Organisationen geschehen, zu denen sich Professor Aldoppel bereitwillig zur Verfügung stellt. Wegen vorgeschickter Zeit wurden die anderen Punkte der Tagesordnung zurückgestellt und die Versammlung geschlossen.

Nachrichten aus dem Hafen. Eingegangen sind am 18. Januar: Danziger Dampfer „Oberpräsident“ von Emden mit Kohlen und Koks; englischer Dampfer „Emolenz“ von Hull mit Passagieren und Gütern; deutscher Dampfer „Vorwärts“ von Swinemünde mit Passagieren. Eingegangen am 19. Januar: Schwedischer Dampfer „Lir“ von Long Island mit Kohlen. — Ausgegangen sind am 18. Januar: Danziger Dampfer „Eho“ nach Remel mit Gütern; deutscher Dampfer „Vorwärts“ nach Swinemünde mit Passagieren.

Ausgabe der Danziger Lebensmittellisten für Erwachsene und Kinder. In der heutigen Nummer unserer Zeitung wird bekanntgegeben, daß die neuen Lebensmittellisten für Erwachsene und Kinder in der Zeit vom Donnerstag, den 20. bis Montag, den 24. Januar bei den Kolonialwarenhändlern gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 18 ausgegeben werden.

Danzig als Einfuhrhafen für Baumwolle. Eine Danziger Expeditionsfirma erhält 18 000 Tonnen Baumwolle, die größte Menge, die Danzig bisher je erhalten hat.

Ein Kind beim Brande erstickt. Ein Schadenfeuer brach gestern nachmittag gegen 3 Uhr im Hause Heiligegeistgasse 38 aus. Zum Trocknen aufgehängte Wäsche war am schadhafsten Ofen in Brand geraten. Das erst 4 Monate alte Kind des Ehepaares Schwarz erstickte in dem sich entwickelnden dichten Qualm. Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg.

Polizeibericht vom 18. Januar 1921. Verhaftet: 11 Personen, darunter 1 wegen Diebstahls, 1 wegen Betrugs, 9 in Vollgehaft.

Alte. Von Freitag, den 17. Jan. ab können zur Verteilung 250 Gramm Kohlen auf Markt 6 der Lebensmittellisten zum Preise von 2,00 Mark pro Pfund in Danzigen beschaffen. — 500 Gr. Kunstspeise auf Markt 6 der Lebensmittellisten zum Preise von 18 Mark pro Pfund in den bekannten Geschäften. Der die ihm zustehenden Waren bis Montag, den 24. Jan. 1921, abh. 6 Uhr nicht abgeholt hat, verliert das Recht darauf. Die Verteilung der Waren an die Kaufleute erfolgt am 19. und 20. Jan. durch Wahlberechtigte Kaufleute bzw. Kaufmann Tollmann. Die in Empfang genommenen Lebensmittellisten sind von den Kaufleuten am 20. Januar gezahlt und gepakt auf dem Lebensmittelamt einzureichen.

S. P. D. Parteimeldungen.

Disputierabend des Sozialdemokratischen Vereins. Da vielfach Wünsche geäußert sind, den Disputierabend wieder aufzunehmen, soll jeden Freitag von 6—8 Uhr im Parteibureau, 4. Damm 711, wieder diskutiert werden. Jedes Parteimitglied ist berechtigt, an den Abenden teilzunehmen. Meldungen werden auf dem Parteibureau entgegengenommen. Die Frauengruppe beginnt um 8 Uhr. — Der erste Abend wird noch bekannt gegeben.

Verein Arbeiterjugend. Heute abend findet im Jugendheim, Am Spandhaus 6, ein Vortrag des Herrn Dr. Bing statt. Sämtliche Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen.

Standesamt vom 19. Januar 1921.

Todesfälle: Frau Gertha Eber geb. Blum, 83 J. 8 M. — T. des Predigers Hugo Strehlow, 64 J. 8 M. — Invalide Johann Sumowski, 69 J. 6 M. — Witwe Wilhelmine Odebrecht geb. Gehrig, 78 J. 6 M. — Marinewerksführer a. D. Friedrich Wilhelm Küster, 89 J. 10 M. — Unverheiratete Julia Lomaskowski, 19 J. — Frau Balzola Kohn geb. Luchtsch, 46 J. 1 M. —

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Auszahl 64) 71/2—74/2 (am Vortage 67 1/2)
Dollar: 62—62 1/2 (58)
Englische Pfund: 236—238 (228)
Frank: 400—405

An der schwarzen Börse in Warschau wurde gestern der Dollar mit 1000 Mark veräußert. Friedenswert 4,26 Mk. Die Geldwertung in Polen ist so groß, daß bei größeren Einfüssen das Geld im Ruksack mit auf den Markt genommen werden muß. Wichtige Leute schlagen an Stelle des Zinsfußes das Abwürgen der Noten vor.

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Table with 4 columns: Location, yesterday's price, today's price, and change. Locations include Jawisch, Warschau, Schöna O. P., Galgenberg O. P., Neuhofsbuch, Thorn, Jordan, Oelm, and Braubenz. Prices range from 1.36 to 2.08.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Wolke, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwertz in Orla. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

MAGGI'S Fleischbrüh-Würfel die Qualitätsmarke!

Achten Sie beim Einkauf genau auf den Namen „MAGGI“ und die rotgelbe Packung. Andere Würfel stammen nicht von MAGGI.

Ämtliche Bekanntmachungen. Ausgabe der Danziger Lebensmittellisten für Erwachsene und Kinder. Auf Grund unserer Bekanntmachung vom 6. Juni 1917 machen wir bekannt: 1. Von Donnerstag, den 20. bis Montag, den 24. Januar erhalten die Haushaltungen bei den Kolonialwarenhändlern, in deren Kundenliste sie sich auf Grund der Nahrungshauptkarte eintragen lassen, die neuen Lebensmittellisten gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 18. 2. Die Lebensmittellisten hat der Händler mit seinem Firmenstempel und der auf der Nahrungshauptkarte vermerkten Anmelde-nummer zu versehen. Die Haushaltungsvorstände haben auf den Namen der Lebensmittelliste ihren Namen und die Wohnung mit Tinte oder Tintenstift aufzuschreiben. Karten, auf denen diese Angaben fehlen, dürfen nicht befreit werden. 3. Die vereinnahmten Hauptmarken Nr. 18 sind von den Händlern in der Zeit von Dienstag, den 1. bis Donnerstag, den 3. Februar, der Nahrungshauptstelle, Wiedenbakerne, Winkel 3, Eingang Poggenpuhl, 1. Obergeschoss, Zimmer 18, einzureichen. Danzig, den 18. Januar 1921. (3426) Der Magistrat.

Soeben erschienen ist der Vorwärts-Almanach 1921 Preis 4 Mark. Buchhandlung Volkswacht, Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Advertisement for 'Limpresen' featuring an illustration of a woman and text: 'Waschen und Färben von Strohh-, Filz- u. Velourhüten für Damen und Herren nach neuesten Formen, schnell, billig und gut (337) August Hoffmann Strohh- und Filzhut-Fabrik HL Geistgasse 26/28 - Jopengasse 56'.

Kat und Muskat in wirtschaftlichen Fragen erteilt allen Frauen und Mädchen jeden Mittwoch von 5—7 Uhr abends Die Frauenkommission der S. P. D. 4. Damm 711, Zimmer 4.

Geld verleiht P. J. Andruskowski, (3414) Danzig, Poggenpuhl 47. Einlagerung von Gütern sämtlicher Art übernimmt zu soliden Sätzen in eigenem Speicher mit Wasserananschluß „Balwar“ Baltisch-Warshauer Handels- und Industrie-G. m. b. H. (3174) Hst. Lagerstr. Stadigraben 13. Telefon 3801.

Advertisement for 'Bettfedern' and 'Frauen' products. Text includes: 'Bettfedern Bettfedernschüttungen, Bettbezüge, fertige Betten wie in meinem Hause seit 23 Jahren bekannt nur beste Waren zu billigsten Preisen. (3431) Julius Berson Hl. Markt 19. Frauen denen bei Störung der Periode (Blutstockung usw.) andere Mittel nicht helfen, brauchen nach nicht zu verzagen, bestellen Sie sofort Präparat Marke: Gorgenreit. Preisliste mit vielen Dank schreiben gegen Mk. 1.— Voreinsendung. Generaldepot: H. Schäfer, München, Klenckstr. 42. (2836) Berlangen Sie die „Volkstimme“ in den Galerien!

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Mittwoch, den 18. Januar 1921, abends 8^{1/2} Uhr
Dauerkarten D 2.

Carmen

Große Oper in 4 Akten von G. Bizet.
Spez. Leitung: Julius Briffa. Musik Leitung:
Emil Dreier. Inspektion: Otto Friedrich.
Ente gegen 10^{1/2} Uhr.

Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten F 2
Menagerie. Vier Uebungen. Premiere, abends
7 Uhr. Dauerkarten A 1. Qualifiziert. Solo
Meister, hochdramatische Szenen vom Stadt-
theater in Berlin. Neu inszeniert. Den Juan
Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten K 1
Mah für Mah. Sonntag, nachmittags 2^{1/2} Uhr
Alein Duelle. Drei Episoden aus Orpheus
Sonntag, abends 8^{1/2} Uhr. Große Duelle
Gulliver. Drei Episoden vom Deutschen Opern-
haus in Charlottenburg. Sonntag, abends
Der Bürgerkrieg auf der Wartburg.

Neues Operetten Theater

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Tel. 4093.
Direktion u. Direktor Paul Baumann.
Kassier. Leitung: Dir. Sigmund Konradt.
Neue Mittwoch, den 18. Januar

Anfang 7 Uhr. Anfang

Wiener Blut.

Morgen Donnerstag, d. 20. Januar
Original.

Freitag, den 21. Januar
Zwei 1. Akte.

Die geschiedene Frau.

Vorverkauf Ende d. 10-4 Uhr nur
im Deuma-Haus Langgasse 10/20 statt
Sonntag 9-2 Uhr a. Theaterkasse

Nach Schluss der Vorstellung:
Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parkett-Räumen:

Klein-Kunst-Bühne „Libelle“



K.K. Brett'l

Große Allee 10 — Telefon 3387

Großes Januar-Programm!

Großstadtbetrieb

Hervorragend in Küche und Keller zu zivilen Preisen.

Hotel Danziger Hof

Wintergarten und Rokokoaal
Donnerstag:

5-Uhr-Tanz-Tee

Stell-Orchester 10 Solisten
Eigene Konditorei Mix- und Eisgetränk
Sonabend: Reunion Sonntag: Tafelmusik-Familienabend

Täglich 7 Uhr.

SCALA

Pr. Sporthalle Große Allee
Das große Varieté-Theater

Alberti's

Löwen-Gruppe

und das neue (3364)

Pracht-Programm!

Vorverkauf: Deuma-Haus.

Nachtfalter

Künstlerspiele u.
Palais de danse

Scala-Café

Täglich 4 Uhr
Konzert

Kranke Frauen

erhalten vorzüglich Auskunft
über schnelle Beseitigung von Blut-
stauung, Weiblich, Schwächer-
werden. Rückporto erbeten
Frau Bertha Koopmann
Berlin 26, Potsdamerstraße 104
11437

Volksfürsorge,

Berufsgenossenschaftlich-Genossen-
schaftliche Versicherungs-
Anstalt
Aeln Poltenverfall.
- Sterbehilfe. —
Günstige Tarife für
Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureau
der Arbeiterorganisationen
und von der

Schönungstraße 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Matthienbuden 35.

Schriftsetzer

sucht sof. od. später l. freist.
in Satz od. Druck Geschäft.
Off. unter D 260 an die
Expedition d. Bl. (3422)

Selten günstige Einkaufs-Gelegenheit für Private und Händler

Wegen gänzlicher Auflösung meines Engros-Geschäftes habe ich
mich entschlossen, mein gesamtes Warenlager, bestehend aus:
Herren-Anzug- und Hosenstoffen, Damenstoffen für Kleider
und Kostüme, Baumwollwaren, wie Inletts, Züchen, Hemden-
tuche, Laken, Dowlas, Barchendiskon, Schürzen, Trikotagen,
Hemden etc.

sehr billig ohne Rücksicht auf den Einkaufspreis auch meterweise
an Private abzugeben. Nie wiederkehrende Einkaufsgelegenheit!
Der Verkauf beginnt Donnerstag, den 20. und dauert bis
Ende d. Mts. Verkaufszeit 9 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm.

Gustav Jordan DANZIG
Hundertwasser 102



BORG

Zigaretten

Erstklassige Erzeugnisse dieser Industrie
N°18 GOLD • ZOPPORIAS • BALTICUM
J.B.
ZIGARETTENFABRIK STAMBULE J.BORG
DANZIG • Gründungsjahr 1890 • Berlin S.W. 61

Lichtbild-Theater
Apollo Theater
III. Damm 2.
Spielplan
vom 18 bis 21. 1. 21.

Vom Altar in den Tod!

Sensationsdramen in 6 Akten.
3423) Prachtvolle Ausstattung.

Samson kein eigener Mörder

Großes Kriminaldrama in 6 Akten.
Hauptrolle: Margot Barney.

Werner's

Zentrale: Gr. Wollwebergasse 2-3
Langgasse 10
Zoppot: Seestraße 37
Langfuhr: Hauptstraße 117

Es ist uns gelungen, ein ganzes Fabriklager für ca.

250 000 Mark

Schuhwaren unter Tagespreis einzukaufen. Bei der heutigen Teuerung auf dem Ledermarkte
bedeuten diese Posten einen sehr günstigen Gelegenheitseinkauf. Darunter befinden sich Posten
aus der bezugsscheinpflichtigen Zeit. Mengenabgabe vorbehalten.

Der Verkauf dieser Schuhwaren findet nur in unserer
Zentrale: „Große Wollwebergasse 2/3“ statt.

Kinder-Schnürstiefel kräftiges Boxleder 27-30 31-35 32.- 38.50	Kinder-Schnürstiefel braun Kindleder 27-30 31-35 31.20 35.90	Kinder-Schnürstiefel dauerhafter Schulsattel 31-35 41.45
Damen-Halbschuhe Diamantkittleder, gute Qualität 35.95	Braune Herren-Schnürstiefel Widaskittleder 53.60	
Damen-Schnürstiefel Boxed mit grau Ledereinsatz 149.-	Damen-Schnürstiefel Roxboxleder, dauer- hafter Straßentiefel 120.-	Damen-Schnürstiefel genarbt Kittled., kilt- tiger Strapazierstiefel 120.-